



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

Punkt 13 der Tagesordnung: Bevölkerungsentwicklung in Karlsruhe bis 2035 Vorlage: 2019/0773

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Einschätzungen des Amtes für Stadtentwicklung zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in Karlsruhe bis 2035 zur Kenntnis und empfiehlt der Verwaltung, künftig die Ergebnisse des Verhaltens Szenarios der kleinräumigen Bevölkerungsprognose Karlsruhe 2035 als Grundlage für weitere Planungen und Bedarfsberechnungen heranzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben ein Problem mit der Vorlage, weil wir das auf der einen Seite zur Kenntnis nehmen sollen und auf der anderen Seite weitere Planungen aufgrund der Statistik, die vorgestellt wird, für gut befinden sollen. Wir finden es nicht gut. Erst einmal ist keine eindeutige Statistik wiedergegeben, sondern mehrere verschiedene Lösungen. Zum anderen glauben wir, dass grundsätzlich immer nur mehr Wohnungen zu bauen, nicht das Wohnungsproblem lösen wird – siehe München. Da hat man auch immer wieder Wohnungen dazu gebaut, und trotzdem hat man das Wohnungsproblem nicht gelöst, sondern die Stadt ist immer nur größer geworden. Deswegen würden wir es gerne zur Kenntnis nehmen, aber dem zweiten Teil widersprechen, und beim zweiten Teil mit Nein stimmen. Deswegen bitten wir um getrennte Abstimmung.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich habe jetzt eine etwas längere Rede vorbereitet. Ich kürze es etwas ab. Wir haben eine lange Tagesordnung.

Erst einmal möchte ich noch einmal deutlich sagen, wir sind sehr dafür, dass wir uns überhaupt mit Prognosen beschäftigen. Andersfalls hätten wir keine Möglichkeit, sinnvoll zu planen. Wir würden ins völlig Ungewisse hineinarbeiten. Deswegen glauben wir, dass Prognosen sinnvoll und notwendig sind und auch über diese lange Frist. Denn wir sprechen über Infrastrukturen, die wir bauen, die einen sehr langen Vorlauf haben und die auch sehr lange bestehen werden. Also brauchen wir auch Prognosen, die in die lange Frist gehen und die natürlich mit großen Unsicherheiten behaftet sind. Damit müssen wir leben. Aber es ist besser, so etwas zu nutzen als gar nichts zu nutzen und völlig blind zu arbeiten.

Jetzt zu dieser Prognose. Ich habe auch leise Kritik daran zu üben. Denn Sie vergleichen hier stadteigene Prognose mit der Prognose des Landes und weisen für das Startjahr ausdrücklich darauf hin, dass es sich um leicht unterschiedliche Bevölkerungsbegriffe handelt und erklären damit eine Abweichung von rund 10.000 Personen. Für das Zieljahr vergleichen Sie aber die Werte direkt. Das ist dann nicht zulässig. Sie müssten eigentlich die Wachstumsraten vergleichen. Da ist das Land noch ein Stück weit konservativer als die stadteigene Prognose. Die stadteigene Prognose geht von 0,5 % Wachstum pro Jahr aus, die Landesprognose von ungefähr 0,3 % Wachstum pro Jahr. Das macht dann im Ergebnis doch wieder eine Differenz von ungefähr 10.000 Personen aus. Das ist dann schon erheblich.

Aber, jetzt kommt der Punkt, Sie schlagen hier vor, von der optimistischen, stark wachsenden Prognose zu der verhaltenen Prognose zu wechseln. Das unterstützen wir auf jeden Fall, weil das auch näher an dem liegt, was das Land macht. Wir sind noch ein Stück weit optimistischer als das Land. Da muss ich sagen, wenn es in die lange Zukunft geht, gibt es abweichende Meinungen. Genau wissen kann man es nicht. Wir kommen aber auf jeden Fall wieder näher an das heran, was auch das Land – die haben sich sicher auch eine gute fundierte Meinung gebildet – geht. Deswegen empfehle ich auf jeden Fall, dass wir so vorgehen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde Ihnen gerne eine Brücke bauen, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, dahingehend, als dieses die Prognosen sind, die Sie nicht einfach ignorieren können. Sie können nicht sagen, die stimmen nicht. Sie können nur sagen, Sie möchten die Konsequenzen daraus nicht tragen mit mehr Wohnungen, Kita-Plätzen und was da alles passiert. Die Entscheidung, die Konsequenzen daraus nicht zu tragen, treffen Sie heute mit der Kenntnisnahme dieser Vorlage nicht, sondern es werden aus dieser Vorlage heraus Begründungen erfolgen, warum wir zum Beispiel einmal nachverdichten, warum wir einmal eine Kita mehr bauen wollen, warum wir dieses oder jenes in die Infrastruktur investieren. Das ist dann der Zeitpunkt, wo Sie sagen, es ist zwar begründet mit der Bevölkerungsprognose, das ist aber keine Entwicklung, die ich mir für die Stadt Karlsruhe vorstelle, deswegen lehne ich das ab.

Aber ich glaube, heute geht es erst einmal darum, dass wir akzeptieren, dass das die Prognosen sind. Herr Dr. Cremer, ich könnte jetzt viel über die Prognose des Statistischen Landesamtes vor einigen Jahren erzählen, dass die Schülerzahlen massiv zurück gehen und man deswegen ein paar Lehrerstellen einsparen kann. Sie wissen, was im Moment los ist. Ich finde es durchaus akzeptabel, dass wir hier eine kommunale Sicht, die vielleicht noch etwas detaillierter ist, gegenüberstellen und Ihnen beides zur Kenntnis geben. Welche Konsequenzen wir daraus ziehen, das müssen wir dann an den einzelnen Stellen miteinander diskutieren.

Wir können gerne getrennt abstimmen. Aber ich würde es gerne zusammenfassen, weil es auch im Grunde dieselbe Sache ist.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir würden andere Konsequenzen daraus ziehen. Deswegen würden wir gerne getrennt abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann machen wir jetzt die Abstimmung. Ich stelle noch einmal fest, dass Sie damit im Grunde uns untersagen wollen, dass wir auf der Grundlage der eigentlich richtigen Prognose Planungen machen. Sie müssen nur wissen, was Sie da ablehnen. Dann werfen Sie uns im Nachhinein nicht vor, wir hätten nicht rechtzeitig zum Beispiel an Hortplätze gedacht. Das ist ein Thema, das Ihnen persönlich immer sehr wichtig ist. Das können wir gerne so handhaben.

Dann stelle ich erst einmal zur Abstimmung, dass wir die Vorlage so zur Kenntnis nehmen.
– Da stimmen viele zu.

Jetzt stelle ich zur Abstimmung, dass wir das zur Grundlage weiterer Planungen und Bedarfsberechnungen machen. – Gut, das unterscheidet sich nicht so sehr. Mehrheitlich dürfen wir es zur Grundlage unserer Planungen machen, vielen Dank. Sonst hätten wir nämlich ein echtes Problem.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. November 2019